

Europäisches Bürgerforum: Stellungnahme zur Heidelberger Bürgererklärung vom 07. Februar 2009

Cem Özdemir

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Europäischen Bürgerforums in Heidelberg,

mit großem Interesse habe ich die von Ihnen erarbeitete und beschlossene Bürgererklärung entgegen genommen. Sie haben aus meiner Sicht die richtigen Schwerpunkte gesetzt. „Klima und Umwelt“, „Migration und Chancengleichheit“ sowie „Sozialstandards“ sind wichtige Themen, die entweder heute schon eine wichtige Rolle auf europäischer Ebene spielen oder aus meiner Sicht noch stärker europäisch gedacht werden müssen.

Die Bürgererklärung zu den drei genannten Schwerpunkten umfasst insgesamt 40 Unterpunkte. In zahlreichen Punkten sind wir einer Meinung, so dass ich viele Ihrer Forderungen auch im Rahmen meiner politischen Arbeit unterstütze. Ich möchte auf einige ausgewählte Bereiche näher eingehen.

Klima und Umwelt

Die europäische Klima- und Umweltpolitik steht momentan an einem Scheideweg. Es besteht die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten nicht die richtigen Konsequenzen ziehen und die Wirtschafts- und Klimakrise gegeneinander ausspielen. Dabei müssen wir gerade jetzt einen Weg einschlagen, der uns nicht nur aus der Wirtschaftskrise führt, sondern auch die Grundlage für eine nachhaltige Zukunft legt. Beide Krisen müssen zusammen gedacht werden, denn der ökologische Umbau unserer Wirtschaft schützt nicht nur das Klima, sondern er schafft zugleich auch Arbeitsplätze. Atomkraft ist ganz sicher kein Beitrag zum Klimaschutz, weshalb ich Ihre Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergienutzung voll unterstütze. Dieser Ausstieg muss europaweit durchgesetzt werden, denn die Gefahren der Atomkraft wie etwa katastrophale Unfälle, Atommüll und Bedrohungen durch Terrorismus machen nicht an Grenzen halt.

Auch ihre Forderung nach einer konsequenten Förderung erneuerbarer Energien teile ich. Maßnahmen zur Gebäudesanierung und -dämmung sowie der Ausbau von Solaranlagen, um nur zwei Bereiche einer intelligenten Klima- und Energiepolitik zu nennen, schützen nicht nur das Klima, sondern fördern auch das regionale Handwerk und den Mittelstand und schaffen darüber hinaus neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Ein energieeffizienter und umweltschonender Verkehr steht auch ganz klar im Zentrum Grüner Politik. Schließlich ist Verkehr ein zentraler Verursacher des CO₂-Ausstoßes. Wir müssen klimaschädlichen Verkehr reduzieren, Verkehr verlagern und auch effizienter gestalten. Die Stärkung des ÖPNV spielt dabei eine wichtige Rolle.

Ich stimme ihnen zu, dass Europa eine Vorreiterrolle in Grüner Technologie und Umweltschutz einnehmen muss. Das bedeutet sowohl eine Harmonisierung auf europäischer Ebene als auch ein durch eigenes Handeln glaubwürdiges Eintreten für Klimaschutz im Dialog mit anderen Staaten. Dabei spielen auch die Kommunen eine bedeutende Rolle. Wenn sie sich für erneuerbare Energien, eine bessere Energieeffizienz und Energiesparen entscheiden, hat das Signalwirkung für andere Städte und Gemeinden, auch über nationale Grenzen hinweg. In diesem Zusammenhang sind auch die neuen Vergaberichtlinien der EU wichtig, für die sich die Grünen eingesetzt haben. Es gibt nun endlich die Möglichkeit, öffentliche Aufträge nicht nur nach Kosten, sondern auch nach ökologischen Kriterien zu vergeben.

Migration und Chancengleichheit

„Ziel der Gleichberechtigung ist der Abbau von Benachteiligung“ – dem schließe ich mich voll und ganz an. Mehrere Ihrer Forderungen betreffen die Bildungspolitik. Sie steht auch im Zentrum Grüner Politik, denn für uns ist der Zugang zu Bildung eine wichtige Gerechtigkeitsfrage. Denn leider entscheiden Herkunft und Geldbeutel der Eltern allzu häufig über Bildungschancen. In keinem anderen Land ist der Bildungserfolg derart von der sozialen Herkunft abhängig, wie bei uns.

Ihre Forderung nach ausreichend vorhandenen Kindergartenplätzen und frühzeitigem Erlernen der deutschen Sprache halte ich auch für einen unverzichtbaren Schritt, um sozial benachteiligten Kindern einen besseren Start zu ermöglichen.

Es geht dabei aber nicht nur um Kinder nicht-deutscher Herkunft, wie verschiedene Sprachstandsuntersuchungen von Vorschulkindern zeigen. So waren etwa in Berlin von allen Kindern mit Förderbedarf 32% bzw. jedes dritte Kind deutscher Herkunftssprache. Diese Zahl und zahlreiche Studien belegen, dass so genannte Bildungsgarmut nicht nur Migrantenkinder betrifft, sondern auch deutsche Kinder aus Arbeiterfamilien. Wir müssen alle Kinder frühzeitig fördern und damit quasi das Fundament legen, auf dem sie später aufbauen können.

Sie haben kontrovers diskutiert, ob eine Verlängerung der Eingangsstufe bis zur 9.Klasse eine Verbesserung des Bildungsangebots darstellt. Gerade das frühe Sortieren der Kinder auf unterschiedliche Schultypen verbaut Entwicklungschancen, demotiviert und nimmt vielen Kindern schon frühzeitig die Lust am Lernen. Mit Elementen wie dem Sitzenbleiben, der frühen Trennung sowie Notenvergabe statt differenzierter Leistungsbewertung ist unser Schulsystem derzeit zu sehr auf Ausgrenzung und Bestrafung ausgerichtet anstatt Neugier und Forscherdrang zu fördern. Wir wollen, dass alle Kinder mindestens bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen. Individuelle Förderung und das Lernen miteinander und voneinander, von dem alle Kinder profitieren, sind der Weg zu mehr Leistung und Chancengleichheit. Gute Bildungspolitik muss beides im Blick haben: sowohl Struktur als auch Qualität. Die Kinder müssen nicht nur länger gemeinsam lernen, sie müssen auch individuell gefördert werden - und selbstverständlich gilt das auch für die

Hochbegabten unter ihnen. Die Abschaffung der Hauptschule allein reicht nicht, es bedarf zugleich auch einer verbesserten Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie neuer Methoden des Lernens und Lehrens, die in einer entsprechenden Unterrichtsqualität münden. Das ist der einzige Weg, um sowohl Kinder aus bildungsfernen Familien zu fördern als auch das Vertrauen der Eltern in unser öffentliches Schulsystem zurückzugewinnen – denn das hat zweifellos gelitten.

Sie fordern zurecht eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten. Die europäische Asylpolitik muss eine faire Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten gewährleisten. Wir Grüne fordern eine gerechte und solidarische Teilung der Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb Europas, unter Beachtung humanitärer Grundsätze, wie etwa des Schutzes Minderjähriger, der aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgter Menschen und der Berücksichtigung nichtstaatlicher Verfolgungsgründe, unter denen meist Frauen leiden.

Ein gutes Beispiel für aktive europäische Sozialpolitik und Notwendigkeit europäischer Mindeststandards sind die vier Antidiskriminierungsrichtlinien der EU. Sie haben dafür gesorgt, dass es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz endlich ein explizites Recht auf Schutz vor Diskriminierung gibt. Doch noch immer bestehen Lücken. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag über eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion, Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Gleichbehandlung und Chancengleichheit ist in allen Lebenslagen notwendig und wichtig!

Sozialstandards

Der gemeinsame Nenner einer Europäischen Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient, muss die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe sein. Alle Menschen, ob Kinder, Jugendliche, ältere Menschen oder MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Armut, Arbeitslosigkeit und ein schlechter Zugang zu Bildung drängen jedoch nach wie vor zu viele Menschen an den Rand der Gesellschaft. Daher wollen wir allen Zugangsgerechtigkeit garantieren. Auch wenn diese Belange vorwiegend durch die einzelnen Staaten geregelt werden, kann die EU einen wichtigen Teil zur sozialen Teilhabe beitragen und mithelfen, dass Menschen nicht dauerhaft ausgegrenzt werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass der Hinweis auf den demografischen Wandel, auf die Freizügigkeit im Binnenmarkt oder die vermeintlichen Sachzwänge der Globalisierung dazu herhalten sollen, den sozialen Schutz und soziale Rechte in Frage zu stellen. Gefordert ist vielmehr einerseits eine gerechtere Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie eine bessere Bildungspolitik, die tatsächlich allen offen steht, andererseits muss der Schutzgedanke selbst europäisiert werden. Dies muss eine der Grundlagen des Sozialpaktes sein.

Ich unterstütze Ihre Forderung nach europäischen Mindeststandards im Gesundheitsbereich. Wir wollen einen gleichwertigen und fairen Zugang für alle zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung vor Ort. Das Recht auf medizinische Versorgung darf nicht an den früheren Grenzen enden, auch müssen bürokratische Hürden bei einer Behandlung im europäischen Ausland abgebaut werden.

Sie fordern ein einheitliches Bildungssystem. Entscheidend ist aus meiner Sicht nicht so sehr Einheitlichkeit, sondern Durchlässigkeit und Transparenz. Wer in einem Land eine Ausbildung durchlaufen oder einen Beruf ausgeübt hat, muss auch in anderen EU-Ländern die Möglichkeit haben, mit der gleichen oder vergleichbaren Tätigkeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Einzelne, fehlende formale Qualifikationen müssen unbürokratisch und in kurzer Zeit nachgeholt werden können.

Die EU ist tatsächlich mitunter weit weg von den Bürgerinnen und Bürger. Vor diesem Hintergrund fordern Sie die EU auf, dieses Kommunikationsdefizit. Die europäischen Institutionen, vom Parlament bis zur Kommission, müssen Verfahren und Beschlüsse in Straßburg und Brüssel transparent machen und den Menschen entsprechend kommunizieren. Aber auch die Medien sind aufgefordert, in einem Maße über europäische Politik zu informieren, die der Bedeutung der EU gerecht wird. In all diesen Bereichen bedarf es Verbesserungen.

Das gilt auch für die Teilhaberechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen alle Menschen, die in Europa leben, durch europäische Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und EU-weite Referenden an der Europapolitik beteiligen. Sie sollen nicht nur alle 5 Jahre über die Zusammensetzung des Parlaments entscheiden, sondern tatsächlich politisch mitentscheiden können.

„Arbeit muss sich lohnen“ – Menschen müssen von ihrem Einkommen auch leben können. Wir fordern deshalb gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, die relevant über der Armutsgrenze liegen, in allen Mitgliedstaaten gemäß den nationalen Modellen. 20 von 27 Mitgliedstaaten haben bereits nationale gesetzliche Mindestlöhne – Deutschland ist nicht darunter. Die Bundesregierung ist deshalb aufgefordert, auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Lohndumping auf dem Rücken der Menschen darf kein Mittel des Wettbewerbs sein.

„Arbeit muss human sein“ – wir wollen, dass sich die Beschäftigungs- und Arbeitspolitik am Konzept der „Guten Arbeit“ orientiert. Gut ist eine Arbeit, die den Ansprüchen der Beschäftigten an die Gestaltung der Arbeitswelt gerecht wird und die einen angemessenen Lohn garantiert. Arbeitsrechtliche Standards dürfen nicht aufgrund so genannter flexibler Arbeitsverhältnisse – etwa Leiharbeit oder Scheinselbständigkeit – ausgehöhlt werden.

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Europäischen
Bürgerforums in Heidelberg,

Demokratie bedeutet nicht, dass sich die politische Beteiligung der
Bürgerinnen und Bürger auf die Teilnahme an Parlamentswahlen
beschränken muss. Demokratie muss gelebt werden, sie braucht
fortwährende Weiterentwicklung. Neben Bürgerbegehren und
Bürgerentscheiden sind auch Bürgerforen eine solche Weiterentwicklung.
Bürgererklärungen tragen dazu bei, Ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und
zugleich den Dialog zwischen Ihnen und den Abgeordneten zu intensivieren.
Ich hoffe, dass diese Form der Bürgerbeteiligung als eine Form von mehr
Bürgerbeteiligung Schule macht!

Herzliche Grüße
Ihr



Cem Özdemir